

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Manfred Werth

Rückkehr- und Verbleibabsichten türkischer
Arbeitnehmer

16. Jg./1983

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Rückkehr- und Verbleibabsichten türkischer Arbeitnehmer

Eine empirische Analyse der Rückkehrbereitschaft und des Wanderungsverhaltens sowie des Sparverhaltens und der Anlagepläne türkischer Arbeitnehmer

Manfred Werth*)

Der Beitrag faßt die wesentlichen Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage sowie ergänzender Tiefeninterviews bei türkischen Haushaltsvorständen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen, im Raum Rheinland-Pfalz/Saarland zusammen, die im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit und des CIM-Centrums für internationale Migration und Entwicklung (Frankfurt) in Zusammenarbeit mit dem IAB im Herbst 1982 bis Frühjahr 1983 durch das isoplan-Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (Saarbrücken und Bonn) durchgeführt wurde.

Ausgehend von der Entwicklung und heutigen Situation der türkischen Arbeitsmigration werden die Ergebnisse der Befragung zu den Rückkehr- und Verbleibabsichten, zum Sparverhalten und zu den beruflichen Plänen für die Zeit nach der Rückkehr dargestellt und daraus Ansatzpunkte einer differenzierten Integrations- und Reintegrationspolitik abgeleitet.

Vor dem Hintergrund der neuesten Beschlüsse der Bundesregierung zur Förderung der Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer bilden die Resultate einen Beitrag zur aktuellen ausländerpolitischen Diskussion. Langfristig verweisen sie auf die dringende Notwendigkeit der Entwicklung einer zielgruppenspezifisch differenzierten ausländerpolitischen Konzeption, in der sich integrations- und reintegrationsorientierte Maßnahmen an den Motiven, Verhaltensdispositionen und Plänen der Betroffenen selbst ausrichten.

Gliederung

1. Einleitung
 - 1.1 Zielsetzung der Untersuchung
 - 1.2 Fragestellungen und Methode
2. Hintergrund: die türkische Arbeitsmigration
 - 2.1 Phasen der türkischen Arbeitnehmerwanderung
 - 2.2 Wandermotive
 - 2.3 Soziale und berufliche Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik
3. Rückkehr- und Verbleibabsichten
 - 3.1 Rückkehr- und Verbleibabsichten 1982/83 im Vergleich mit bisherigen Untersuchungen
 - 3.2 Rückkehr- und Verbleibmotive
 - 3.3 Determinanten der Rückkehrbereitschaft
4. Sparverhalten
 - 4.1 Sparquote und Sparaufkommen
 - 4.2 Sparziele
5. Berufliche Pläne für die Zeit nach der Rückkehr
 - 5.1 Der Weg in die abhängige Beschäftigung
 - 5.2 Existenzsicherung durch Beteiligungen
 - 5.3 Existenzgründungsvorhaben
 - 5.4 Rückkehr und Rente
6. Ansatzpunkte einer zielgruppenspezifischen Integrations- und Reintegrationspolitik

1. Einleitung

1.1 Zielsetzung der Untersuchung

Gegenüber den bisher primär entwicklungspolitisch orientierten Ansätzen der Förderung der beruflichen Wiedereingliederung rückkehrender ausländischer Arbeitnehmer¹⁾ ist in jüngster Zeit die Frage, inwieweit stärkere zusätzliche Anreize zur Rückkehr geschaffen werden können, in den Mittelpunkt der ausländerpolitischen Diskussion gerückt. Die Beschlüsse der Bundesregierung vom Juni 1983, ausländische, insbesondere türkische arbeitslose Arbeitnehmer durch finanzielle Anreize zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen, unterstreichen dies in eindringlicher Form.

So reizvoll es erscheinen mag, die Hintergründe dieser Akzentverschiebung genauer zu beleuchten, so wichtig erscheint es zur Zeit, die empirische Datenbasis für die Entwicklung erfolgversprechender, breitenwirksamer reintegrationspolitischer Strategien und damit die Grundlagen der generellen Debatte um ausländerpolitische Konzepte in einigen wesentlichen Punkten besser abzusichern, als dies bisher der Fall ist.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß die Umsetzung allgemeiner entwicklungspolitischer oder arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen in konkrete Programme mit quantitativ nennenswerten Rückkehreffekten an eine Fülle von Bedingungen sowohl in der Bundesrepublik aber auch dem Heimatland selbst – der Türkei – gebunden sind, über deren Relevanz und Wirkungszusammenhänge verlässliche Erkenntnisse bislang nicht oder zumindest nicht in hinreichend detaillierter Form verfügbar waren.

Die bisherigen Erfahrungen haben in der Vergangenheit mit gutem Grund zu der Überlegung geführt, konkrete reintegrationspolitische Programme dort anzusetzen, wo eine direkte faßbare Chance der Nutzung des Human- und des Sparkapitals von Rückkehrern gewährleistet schien: mit der Förderung von Arbeitnehmergesellschaften, d. h. wirt-

*) Dr. Manfred Werth ist Leiter des Instituts für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH (isoplan) in Saarbrücken und Bonn. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Die Gesamtergebnisse der Untersuchung werden in einem gleichlautenden Bericht veröffentlicht, der in Kürze als Band 3 der CIM-Arbeitsmaterialien (Saarbrücken) erscheint.

¹⁾ Vgl. hierzu etwa die Zusammenstellung zielgruppen- und längerbezogener Programme, in: Körner, H., M. Werth, Rückwanderung und Reintegration von ausländischen Arbeitnehmern in Europa, Saarbrücken, Fort Lauderdale 1981.

schaftlicher Selbsthilfeinitiativen und Betriebsgründungen türkischer Arbeitnehmer, wurden in zunehmendem Umfang Möglichkeiten einer sinnvollen investiven Nutzung zumindest von Teilen des im Ausland erworbenen Sparkapitals geschaffen – für einen Teil der Anteilseigner ergaben sich darüber hinaus direkte Beschäftigungschancen in den neu geschaffenen Betrieben.

Erfolg und Probleme dieser Form der Reintegrationsförderung zu diskutieren, ist nicht Aufgabe des vorliegenden Beitrags. Unbestreitbar ist, daß türkische Arbeitnehmergesellschaften in der letzten Dekade angesichts der zweifellos schwachen Basis an Know-How und Kapital beträchtliche Aufbauleistungen vollbracht haben, bekannt ist aber auch, und dies seit Beginn der Förderungsprogramme²⁾, daß der durch sie erzielte direkte Arbeitsplatz- und Reintegrations-effekt für Rückkehrer aus vielerlei Gründen quantitativ gering blieb und ihre Wirkung im Prozeß der Rückwanderung türkischer Arbeitnehmer eher längerfristiger und indirekter Natur ist.³⁾

Mit der Akzentverlagerung der ausländerpolitischen Diskussion auf breitenwirksamere Ansätze der Rückkehrförderung wurde eine Reihe gänzlich neuer Fragestellungen aufgeworfen. Dies betrifft die Frage der Wirksamkeit von Rückkehranreizen im Gesamtkontext der Verbleib- und Rückkehrmotivation der Ausländer in Deutschland, vor allem aber auch die Frage danach, inwieweit eine Rückkehrförderungspolitik erfolgreich sein kann, wenn sie nicht gleichzeitig die beruflichen Reintegrationschancen und die Chancen der Existenzsicherung der Rückwanderer im Heimatland einbezieht.

1.2 Fragestellungen und Methoden

Ausgehend von der Überlegung, daß die Entwicklung eines breitenwirksamen Konzepts der reintegrationpolitischen Individualförderung von Rückkehrern sowohl die sozialen und beruflichen Ausgangsbedingungen, Motive und Pläne der noch in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmer als auch die im Heimatland gegebenen beruflichen und sozialen Wiedereingliederungsprobleme, Investitionschancen und Beratungs- bzw. Förderungsangebote und

-notwendigkeiten einbeziehen muß, wurde in Abstimmung mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit eine zweistufige Forschungskonzeption entwickelt, nach der mittels geeigneter Methoden der empirischen Sozialforschung sowohl der Fragenkomplex der Rückkehrbereitschaft und Rückkehrpläne türkischer Arbeitnehmer in Deutschland (Stufe 1) als auch die Aspekte der sozialen und beruflichen Reintegrationsprobleme und -chancen, einschließlich der Möglichkeiten einer selbständigen beruflichen Existenzsicherung in der Türkei (Stufe 2), einer detaillierten Analyse unterzogen werden sollte.

Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der ersten Stufe der Gesamtuntersuchung zusammen. Er basiert auf einer Repräsentativbefragung türkischer Haushaltsvorstände sowie ergänzender Tiefeninterviews, die im Herbst 1982 bis Frühjahr 1983 durch das isoplan-Institut im Raum Rheinland-Pfalz und Saarland durchgeführt wurde.

In einer ersten Phase wurde dabei eine repräsentative Quotenstichprobe von 600 türkischen Haushaltsvorständen befragt (Oktober/November 1982), in einer zweiten Phase schlossen sich 100 Tiefeninterviews an (Februar/März 1983). Zielgruppe der Erhebung und Analyse waren Erwerbstätige und – entsprechend der Arbeitslosenquote bei türkischen Erwerbspersonen – Arbeitslose; Asylbewerber blieben ausgeklammert. Quotierte Merkmale der Stichprobe waren neben der regionalen Verteilung im Untersuchungsraum der Erwerbsstatus der Befragten, Alter, Zugehörigkeit zu Wirtschaftszweigen sowie bei Arbeitslosen die Dauer der Arbeitslosigkeit. Wie die Verteilung der quotierten Merkmale sowie eine externe Validierung über nicht-quotierte Merkmale zeigt, können die Ergebnisse innerhalb der üblichen Fehlerspannen durchaus als repräsentativ für das Bundesgebiet angesehen werden.

Zur Durchführung der Repräsentativbefragung wurde ein standardisierter Fragebogen mit weitgehend geschlossenen Fragen entwickelt. Er wurde durch einen Zusatzfragebogen ergänzt, der im Fall von definitiven Absichten türkischer Arbeitnehmer, in die Türkei zurückzukehren und dort eine selbständige Existenz zu gründen, zum Einsatz kam. Grundlage der Tiefeninterviews bildete ein Interviewleitfaden, anhand dessen der Versuch unternommen wurde, über die traditionelle und weitgehend auf repräsentativ-quantitative Ergebnisse abzielende Standardbefragung hinaus qualitativ detailliertere Hinweise zu den Motivationen, Einstellungen und Plänen der Befragten zu sammeln. Die Interviews wurden durch entsprechend geschulte Mitarbeiter des Instituts in türkischer Sprache geführt.

Insgesamt kann – ohne die empirische Datenbasis des hiermit vorgelegten ersten Teils der Untersuchung zu überschätzen – auf der Grundlage dieser „gestaffelten Erhebungen“ eine Vielzahl von Aussagen über die Rückkehr- und Verbleibabsichten türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden, die weit über das hinausgehen, was aus punktuellen Fragestellungen früherer Repräsentativuntersuchungen hervorgeht.⁴⁾

2. Hintergrund: die türkische Arbeitsmigration

2.1 Phasen der türkischen Arbeitnehmerwanderung

Zur Einordnung dessen, was sich in den Ergebnissen der Umfrage widerspiegelt, ist es erforderlich, noch einmal kurz die Geschichte der türkischen Arbeitsmigration zu rekapitulieren.

²⁾ isoplan (Hrsg.), Türkische Arbeitnehmergesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken und Bonn 1973.

³⁾ isoplan (Hrsg.), Arbeitsplatz- und Reintegrationseffekt türkischer Arbeitnehmergesellschaften, Saarbrücken und Bonn 1982.

⁴⁾ Im Vergleich zur isoplan-Untersuchung gestaltet sich die methodische Anlage der sonstigen Studien zu den Rückkehrabsichten türkischer Arbeitnehmer wie folgt:

(1) MAGS, Nordrhein-Westfalen, 1976. Im Erhebungsraum Stadtkreis Duisburg wurden 144 Ausländerfamilien, das sind 1,3% der Grundgesamtheit des Erhebungsraums, über eine geschichtete Zufallsstichprobe befragt. Vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bericht des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt 1976.

(2) MAGS, Nordrhein-Westfalen, 1982. Im Erhebungsraum Nordrhein-Westfalen wurden 527 türkische Jugendliche im Alter von 15-21 Jahren, das sind rund 1% der Grundgesamtheit des Erhebungsraums, über eine Quotenstichprobe befragt. Vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Zur Situation der türkischen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, Bonn, Bad Godesberg 1982.

(3) MAGS, Baden-Württemberg 1981. Im Erhebungsraum Baden-Württemberg wurden ca. 3 500 Ausländerhaushalte, das ist 1% der Grundgesamtheit des Erhebungsraums, auf freiwilliger Basis befragt. Vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Baden-Württemberg (Hrsg.), Ergebnisse der Ausländerbefragung 1981 in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

(4) BMA, Repräsentativuntersuchung 1980. In 42 ausgewählten Stadt- und Landkreisen der Bundesrepublik wurden 6 138 Ausländer aus Anwerbeländern im Alter ab 15 Jahren, das sind 0,2% der Grundgesamtheit des Erhebungsraums, über eine Quotenstichprobe befragt. Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung 1980, Forschungsbericht 50 des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1981.

Verglichen mit den großen inner- und außereuropäischen Abwanderungsbewegungen vor und nach der Jahrhundertwende (Polen, Italiener etc.) ist die Migration türkischer Arbeitnehmer ins Ausland jüngerer Datums und kann auf keine nennenswerte „Wanderungstradition“ zurückblicken.

Eine massive Zuwanderung türkischer Arbeitnehmer setzt erst mit der am 30. Oktober 1961 unterzeichneten Anwerbevereinbarung ein und führte innerhalb kürzester Zeit zu einem raschen Anstieg der Migrantenzahlen.

Der zeitliche Ablauf der türkischen Arbeitsmigration und ihrer Familien in die Bundesrepublik läßt sich in Anlehnung an Abadan-Unat⁵⁾ in vier Phasen unterteilen:

- (1.) Die Experimental- und Initialphase (1956- 1962).
- (2.) Die explosive Wachstumsphase (1963 bis 1967).
- (3.) Die Konsolidierungsphase (1968 bis 1973).
- (4.) Die Phase nach dem Rezessionsbeginn (und Anwerbestopp) in den westlichen Industrieländern (seit 1974).

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei entwickelten sich in Phase 2 und 3 dieser Typologie, verstärkt durch migrationsfördernde Maßnahmen der türkischen Regierung (Abwanderungsförderung aus benachteiligten Gebieten, Verankerung des Rechts auf Auslandsaufenthalt in der türkischen Verfassung, Förderung der Ausreise für Mitglieder von Dorfentwicklungsgenossenschaften etc.), Wanderungsströme, die die Zahl der Zuwanderungen im Jahr 1973 auf rund 250 000 Personen anwachsen ließ.

Die nach dem Anwerbestopp 1973 drastisch zurückgehende Zahl von Neuzuzügen – verbunden mit einem negativen Wanderungssaldo in den Jahren 1974/75 – wurde in den Folgejahren zunehmend kompensiert durch steigende Zuwanderungszahlen im Rahmen der Familienzusammenführung, ein Prozeß, der bis 1980 de facto dazu führte, daß die Gesamtzahl der Zuzüge (212 000) und der Wanderungssaldo (+ 142 000) fast das Niveau von 1973 erreichte.

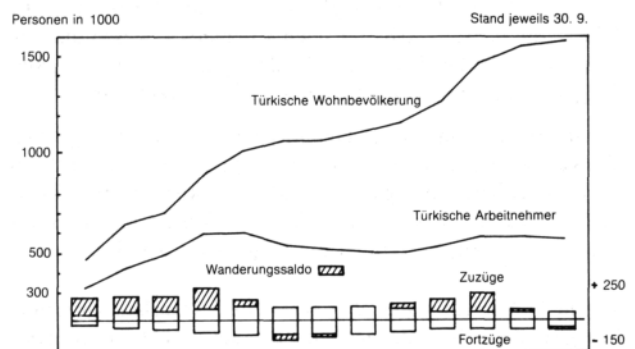
Ein erneuter Trendwechsel, der wohl als Beginn einer 5. Phase zu sehen ist, zeigt sich in den Jahren 1981/82. Die Zahl der Neuzuzüge verringerte sich spürbar, der Wanderungssaldo ist zum ersten Mal seit sieben Jahren deutlich negativ (– 44 000).

Zwei Aspekte verdienen an dieser Stelle noch einmal besonders hervorgehoben zu werden: Bedingt durch die verstärkte Familienzusammenführung und die hohen Geburtenzahlen stieg die türkische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik

trotz einer Konsolidierung der Zahl der Erwerbstätigen in der letzten Dekade kontinuierlich an.

Die Entwicklung der Bestandszahlen der türkischen Wohn- und Erwerbsbevölkerung vollzieht sich jedoch, und dies wird häufig übersehen, auf dem Hintergrund umfangreicher Zu- aber auch Abwanderungen, d. h. freiwilliger Rückwanderungsströme, die ungeachtet möglicher Rückkehranreize in den vergangenen Jahren einen Umfang von 70000-80000 (1982: 87000) Personen pro anno einschlossen. Es ist anzunehmen, daß darüber hinaus die lange Diskussion um „Rückkehrprämien“ in jüngster Zeit zu einem beträchtlichen „Rückkehrstau“ geführt hat, der sich kurz- und mittelfristig abbauen wird. Dabei ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß sich aufgrund der Diskrepanz der Erwartungshaltungen türkischer Familien gegenüber dem, was an Rückkehrhilfen jetzt beschlossen ist, eine negative Einstellung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eher verfestigen wird.

Abbildung 1: Entwicklung der türkischen Wohnbevölkerung und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1970–1982



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

2.2 Wanderungsmotive

Sieht man von der spezifischen Problematik der zweiten Generation ab, so spricht vieles dafür, daß gerade im Falle der türkischen Arbeitsmigration für die überwältigende Mehrheit der Migranten der Auslandsaufenthalt als eine temporär begrenzte Lebensphase angesehen wurde, die dazu dienen sollte, die ökonomische Grundlage für einen besseren Lebensstandard in der Heimat zu schaffen. Strukturell spiegeln sich in den Wanderungsströmen zwischen der Türkei und Deutschland damit sicherlich großräumige regionale und ökonomische Disparitäten⁶⁾, die auch langfristig einen

⁵⁾ Abadan-Unat, N., et. al., Migration and Development, A Study on the Effects of International Labour Migration, Ankara, o. J., S. 12 ff.

⁶⁾ Vgl. Werth, M., Analyse mobilitätshemmender Motivationen, Göttingen 1974.

Tabelle 1: Entwicklung der türkischen Wohnbevölkerung und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

Personen in 1000	1970	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	1982
Wohnbevölkerung	469	653	712	911	1028	1077	1079	1118	1165	1268	1462	1564	1581
Beschäftigte	354	453	511	605	607	543	521	509	511	542	588	584	555*
Arbeitslose	1	2	3	4	20	40	20	23	25	23	37	70	97
Zuzüge aus der Türkei	177	187	185	250	161	99	106	115	131	172	212	84	43
Fortzüge in die Türkei	42	61	75	87	111	148	130	114	88	66	71	71	87
Wanderungssaldo	+135	+126	+110	+163	+50	-50	-25	+1	+43	+106	+142	+13	-44

*) Hochrechnung unter Berücksichtigung saisonaler Schwankungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

erheblichen Abwanderungsdruck ausüben, zugleich sollte jedoch gerade bei Türken auch die Sogwirkung heimatbezogener Motivationen nicht unterschätzt werden.

Der Hinweis darauf, der dominante Wunsch der türkischen Arbeitsmigranten bestehe darin, „to make as much money as possible as quickly as possible“⁷⁾ ist damit sicher richtig, verdeckt aber eher die hinter diesem Wunsch stehende individuelle Wandermotivation.

Praktisch alle zur Frage der Wandermotive türkischer Arbeitnehmer vorliegenden Untersuchungen⁸⁾ verweisen darauf, daß der Wunsch nach einem höheren Verdienst bzw. Geldersparnis ausschlaggebend sei. Wesentlicher als diese „nackte“ Tatsachenfeststellung dürfte jedoch sein, daß sich dieses Motiv fast ausschließlich auf längerfristig rückkehrbezogene Ziele richtet.

Für die These einer starken Rückkehrorientierung türkischer Arbeitnehmer spricht auch, daß gegenüber dem „Einkommensmotiv“ bzw. „Sparmotiv“ nach allen einschlägigen Erkenntnissen das Problem der Arbeitslosigkeit im Heimatland kein ausschlaggebendes Gewicht als Abwanderungsmotiv zu haben scheint, allerdings vermutlich auch deswegen, weil verdeckte Arbeitslosigkeit und marginale Beschäftigung in der Türkei eine tägliche Erfahrung darstellen. „Die These, die meisten Arbeiter seien arbeitslos gewesen und die Emigration habe direkt zur Senkung der Arbeitslosigkeit beigetragen, scheint für die Türkei nicht zuzutreffen.“⁹⁾

Unabhängig von allen Detailfragen zur ursprünglichen Abwanderungsmotivation, die nach Jahren des Aufenthalts in Deutschland oder gar nach der Rückkehr in die Türkei sicherlich nur mit starken subjektiven Verzerrungen erfaßt werden können, bestätigen die Ergebnisse der Repräsentativbefragung 1982/83 das wesentliche Grundmotiv der zweckgebundenen temporären Abwanderung. Für praktisch alle Befragten sollte der Aufenthalt im Ausland zeitlich begrenzt bleiben, lediglich 3,5% gaben an, daß sie mit der Absicht, für immer zu bleiben, nach Deutschland kamen.

Tabelle 2: Vorstellungen der türkischen Haushaltsvorstände bezüglich ihrer Verweildauer in der Bundesrepublik Deutschland bei der Einreise

Geplante Verweildauer	Anzahl der Befragten	
	abs.	in %
Wollte für immer in Deutschland bleiben	21	3,5
Wollte für einige Jahre in Deutschland bleiben	195	32,5
Keine genaue Vorstellung über Verweildauer, wollte aber zurück	361	60,2
keine Angabe	23	3,8
Zusammen	600	100,0

Quelle: isoplan-Erhebungen 1982/83

⁷⁾ Abadan-Unaty N., Turkish External Migration and Social Mobilites, in: Benedict, P., E. Tümerkten, S. Mansur, (eds), Turkey, Geographie and Social Perspectives, Social, Economic and Political Studies of the Middle East, Nr. 9, Leiden 1974, S. 386

⁸⁾ Paine, S., Exporting Workers, The Turkish Case, Cambridge 1974, S. 200. Neuloh, O., L. Krämer, Industrialisierung und Gastarbeiter als sozio-ökonomische Faktoren für die Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Türkei, Saarbrücken 1970, S. 109.

⁹⁾ Lange, S., Die Wirkung der türkischen Arbeitsmigration auf die Entwicklung der Türkei, Berlin 1975, S. 11. Vgl. auch Jurecka, P., M. Werth, et al, Mobilität und Reintegration, Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Effekte der Migration von ausländischen Arbeitnehmern, untersucht am Beispiel der Rückwanderung in die Türkei, Saarbrücken, Bonn 1980.

¹⁰⁾ Jurecka, P., M. Werth, Mobilität und Reintegration, a. a. O., S. 182.

Wesentlich erscheint zunächst, daß bei der überwältigenden Mehrheit der türkischen Wanderarbeiter eine starke Grunddisposition zur Rückkehr gegeben ist, die später allenfalls durch andere Motivkomplexe und Probleme überlagert wurde.

Inwieweit und aus welchen Gründen die ursprüngliche Absicht heute eher zu einem „Traum von der Rückkehr“ geworden ist, wird später genauer zu analysieren sein.

2.3 Soziale und berufliche Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik

a) Familiäre Situation und Familiennachzug

Auf eine ausführliche Beschreibung der demographischen und sozio-strukturellen Merkmale der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland muß in dieser Zusammenfassung verzichtet werden.

Ein Ergebnis der Repräsentativbefragung verdient jedoch besondere Beachtung, da es in der ausländerpolitischen Diskussion der jüngsten Zeit eine gewichtige Rolle spielt: die Einschätzung des Familiennachzugs (Ehefrauen und Kinder) aus der Sicht der Betroffenen.

Danach scheint, folgt man den Ergebnissen der vorliegenden Befragung, zumindest unter Status-Quo-Bedingungen das Nachzugspotential an Ehefrauen und Kindern zwar nicht erschöpft, aber doch geringer als dies üblicherweise dargestellt wird.

In 77% aller Fälle lebte bei der Gruppe der befragten verheirateten Haushaltsvorstände die Ehefrau bereits in Deutschland (373 von 484), von den verbleibenden 23% geben lediglich 15% an, daß ein Nachzug der Ehegatten in absehbarer Zeit geplant sei (16 von 110 Fällen).

Ähnliches gilt für die zur Zeit in der Türkei lebenden Kinder. Zwar geben 30% der Befragten an, daß sie noch Kinder haben, die in der Türkei leben, nur 5% der Befragten bzw. 16% derer mit Kindern in der Türkei planen jedoch, unter den gegebenen Bedingungen diese im Laufe der kommenden Jahre oder später nach Deutschland zu holen.

Geht man davon aus, daß die in der Befragung geäußerten Absichten zumindest in Grenzen realisiert werden, so würde dies bedeuten, daß die Zahl der Zuzüge aus der Türkei auch ohne Zuzugsbeschränkungen in der kommenden Zeit spürbar weiter absinken wird. Eine auf 1 Jahr bezogene Modellrechnung ergäbe demnach eine weitere Halbierung der Zuzüge.

b) berufliche Qualifikation und Verwertbarkeit der beruflichen Erfahrungen

Zu früheren Zeitpunkten durchgeführte Befragungen in der Türkei haben bereits eindringlich gezeigt, daß nur wenige Rückkehrer die in Deutschland erworbenen Erfahrungen in der Heimat verwerten können (9,4%).¹⁰⁾ Aus der Sicht derer, die noch in Deutschland leben, ergibt sich zwar ein etwas optimistischeres Bild, insgesamt überwiegt jedoch die Ansicht, daß die Tätigkeit in Deutschland nur wenig berufliche Erfahrungen mit sich bringt, die nach der Rückkehr von Nutzen sein könnten.

Tabelle 3: Verwertbarkeit der in Deutschland gewonnenen beruflichen Erfahrungen

Antwort	abs.	in %
ja, voll und ganz	116	20
ja, teilweise	205	36
nein	216	37
weiß nicht	38	7
Zusammen	575	100

Quelle: isoplan-Repräsentativbefragung 1982

Trotz dieser auf die Gesamtpopulation der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik bezogenen eher negativen Begleit- und Folgeerscheinungen der Migration sollte nicht übersehen werden, daß (prozentual zwar gering, in absoluten Zahlen aber beträchtlich) in der Bundesrepublik ein erhebliches Potential an türkischen Fachkräften lebt, das zumindest theoretisch dem türkischen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß das türkische studentische Fachkräftepotential sich Anfang 1982 auf rund 7600 Personen belief, das sind über 19% aller Studenten aus Entwicklungsländern.¹¹⁾ Nach den Merkmalen „Stellung im Beruf“ und „Ausbildungsniveau“ können zwischen 12% bis 20% aller Beschäftigten aus der Türkei als qualifizierte Fachkräfte (ab Facharbeiterqualifikation aufwärts) gelten (insgesamt ca. 65 000), darunter Ärzte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler.

c) Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzwechsel

Ein Faktor, der die Grunddisposition für einen eventuellen Rückkehrentschluß wesentlich mitbeeinflussen dürfte, ist die bei vielen Befragten ausgeprägte Angst vor dem Verlust des derzeitigen Arbeitsplatzes: immerhin 40% der Befragten äußerten die Befürchtung, angesichts der unsicheren Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Tabelle 4: Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes

Antwort	abs.	in %
Ja	219	40
Nein	248	48
Weiß nicht	68	12
Trifft nicht zu, gehe ohnehin zurück	7	–
Zusammen	542	100

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Verstärkend in diesem Zusammenhang wirkt sich hier aus, daß ein in jüngerer Zeit offensichtlich rasch ansteigender

¹¹⁾ Groß, B., W. Stevens, M. Werth, Akademiker aus Entwicklungsländern, Zwischen Brain-drain und Rückkehr (CIM, Hrsg.), Saarbrücken, Fort Lauderdale 1982, S. 147.

¹²⁾ Marplan (Hrsg.), Gastarbeiter in der BRD, Fragen der Mobilität und Reintegration, Offenbach 1977.

Teil türkischer Arbeitnehmer zum Arbeitsplatzwechsel gezwungen war.

Gegenüber früheren Untersuchungen (Marplan 1977)¹²⁾, in denen etwa nur 6% aller Türken als mehrfache Arbeitsplatzwechsler eingestuft worden sind, läßt sich aus der 82er isoplan-Enquête ableiten, daß mittlerweile rund 47% der Befragten den Arbeitsplatz mehrfach gewechselt haben. Allerdings ist dies auch eine Funktion der längeren Aufenthaltsdauer. Es wäre auch zum Vergleich mit der Arbeitsplatzmobilität der Deutschen interessant. Doch liegen hierfür keine aktuelleren Zahlen vor.

d) Arbeitslosigkeit

Die in den Antworten der Befragten zum Ausdruck kommende allgemeine Verunsicherung und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hat angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen gerade der türkischen Arbeitnehmer eine höchst reale Basis. Ende 1982 lag die Arbeitslosenquote der Türken mit 17,4% weit an der Spitze aller Ausländergruppen.

Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit ist jedoch für einen beträchtlichen Teil der Befragten nicht neu. Rund ein Viertel der in die Untersuchung einbezogenen arbeitslosen türkischen Haushaltsvorstände war bereits im Verlaufe des Aufenthaltes in der Bundesrepublik einmal ohne Beschäftigung, rund 10% bereits mehrmals.

Tabelle 5: Frühere Arbeitslosigkeit türkischer Arbeitsloser

Antwort	abs.	in %
Nein	43	61,4
Ja, einmal	19	27,1
Ja, mehrmals	7	10,0
Keine Angabe	1	1,4
	n = 70	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

57% der türkischen Arbeitslosen bezogen zum Zeitpunkt der Befragung Arbeitslosengeld, 20% Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe – Indikator für eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit.

Tabelle 6: Bezug von Arbeitslosengeld und anderen Sozialleistungen

Antwort	abs.	in %
Arbeitslosengeld	40	57,2
Arbeitslosenhilfe	6	8,6
Sozialhilfe	8	11,4
Kombination mehrerer Leistungen	1	1,4
Nein, keine Leistungen	15	21,4
	n = 70	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Relativ hoch erscheint der Anteil derer, die angeben, keinerlei Leistung in Anspruch zu nehmen (21,4%). Es handelt sich hier u. a. um jüngere Personen, die sich unter Verzicht auf Lohnersatzforderungen, bzw. weil sie ohne Leistungsansprüche sind, in die türkische Großfamilie zurückgezogen haben.

Einen neuen Arbeitsplatz in Aussicht haben wenige. Lediglich ein knappes Drittel der Befragten rechnet in einem überschaubaren Zeitraum fest mit einer erneuten Arbeitsaufnahme. Dies dürfte sich allerdings nicht wesentlich von der Situation bei Deutschen unterscheiden. Unabhängig davon scheinen die persönlichen Erfahrungen mit den deutschen Arbeitsämtern höchst unterschiedlich. Ein rundes Drittel (35%) derer, die mit den Arbeitsämtern in Kontakt kamen, äußerten sich ausgesprochen negativ, rund 42% dagegen zufrieden oder sehr zufrieden.

Tabelle 7: Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz

Antwort	abs.	in %
Ja	22	31,4
Nein	46	65,7
Keine Angabe	2	2,9
	n = 70	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

3. Rückkehr- und Verbleibabsichten

3.1 Rückkehr- und Verbleibabsichten 1982/83 im Vergleich mit bisherigen Untersuchungen

Angesprochen auf die zentrale Frage, ob und wann eine Rückkehr in die Heimat geplant sei, äußerten 47,5% der Befragten, daß sie eine Rückkehr beabsichtigen.

Dabei

- planen 10,5% der türkischen Haushalte die Rückkehr in die Türkei für die nächsten drei Jahre,
- weitere 37,5% äußerten eine entsprechende Absicht, hatten jedoch noch keine klare Vorstellung über den Zeitpunkt der Rückkehr.
- Ein Anteil von 44,7% der Befragten hatte noch keine Entscheidung darüber getroffen, in die Türkei zurückzu-

kehren oder in der Bundesrepublik Deutschland zu verbleiben.

- Der Anteil derer, die sich für einen endgültigen Verbleib in der Bundesrepublik entschieden haben, liegt lediglich bei 7,3%.

Die Gesamtergebnisse bestätigen und präzisieren damit die Resultate anderer, meist auf Verbleib- und Rückkehrabsichten von Ausländern insgesamt bezogener Untersuchungen. In der jüngsten zu diesem Thema vorliegenden Studie, die im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg im Mai 1981 durchgeführt wurde¹³⁾, liegt der Anteil der Haushalte mit „mehr oder weniger genauen zeitlichen Vorstellungen für die Entscheidung“ zur Rückkehr bei 19%. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß dieser Prozentsatz sich auf einen längeren Zeitraum als den von 3 Jahren erstreckt. Der Anteil mit beabsichtigter Rückkehr, aber „unbekanntem Termin“ entspricht mit 41% recht genau dem Ergebnis der vorliegenden Untersuchung (37,5%).

Ähnliche Ergebnisse zeigt auch eine frühere Untersuchung über die „Situation der Familien ausländischer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen“¹⁴⁾, nach der 14,6% eine „Rückkehrabsicht mit konkreter Zeitperspektive“ angaben.

Eine ähnliche Größenordnung wie die vorliegende Befragung für den Anteil der türkischen Haushalte, die eine Rückkehr in einem überschaubaren Zeitraum von 3 Jahren planen, erbrachte auch die „Repräsentativuntersuchung 1980“ des BMA¹⁵⁾ (9,9%). Aus methodischen Gründen überhöht bzw. mißverständlich erscheint demgegenüber das Ergebnis der BMA-Repräsentativuntersuchung, wonach 40% der Befragten keine Rückkehr planen. De facto ist davon auszugehen, daß sich hinter dieser Zahl eine große Gruppe von „Unentschlossenen“ verbirgt, die eine Rückkehr in die Türkei von einer Reihe z. Z. schwer überschaubarer Bedingungen abhängig macht.

Feststehende *Verbleibabsichten* haben nach den vorliegenden Ergebnissen lediglich 7,3% der Befragten.

Zieht man unter den gebotenen Vorbehalten – hier wurden türkische Jugendliche zu den Rückkehrabsichten ihrer Familien befragt – zum Vergleich die im Frühjahr 1982 im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen erschienene Infas-Untersuchung¹⁶⁾ zur Situation der türkischen Jugendlichen im Lande mit heran, so zeigt sich auch hier ein ähnliches Ergebnis wie das der isoplan-Befragung. Nach der Infas-Untersuchung planen (aus der Sicht der befragten Jugendlichen) 50% der türkischen Familien eine Rückkehr, sei es mit oder ohne konkrete Vorstellung. 9% der Familien wollen in der Bundesrepublik verbleiben.

Insgesamt läßt sich trotz zum Teil in früheren Untersuchungen unterschiedlichen Zuordnungen und den differierenden Zeitpunkten der Befragungen, die sicherlich auch Veränderungen der Rückkehrabsichten beinhalten¹⁷⁾, feststellen, daß rund 10% der türkischen Haushaltsvorstände relativ genaue zeitliche Vorstellungen für die Rückkehr in die Türkei haben. Weitere etwa 40% haben, wenn auch ohne konkrete Zeitplanung, die Absicht zum Ausdruck gebracht, in die Türkei zurückzukehren. Dies bedeutet, daß etwa die Hälfte aller türkischen Haushaltsvorstände als potentielle Rückkehrer angesehen werden können und weitere 40% in ihrer Haltung unentschlossen sind, d. h. zumindest teilweise unter später zu analysierenden Voraussetzungen in die Heimat zurückkehren würden.

¹³⁾ Vgl. MAGS (Hrsg.), Ergebnisse der Ausländerbefragung 1981 in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1982. Ziel der Befragung war es u. a., eventuelle Veränderungen gegenüber dem vor drei Jahren ermittelten Befragungsergebnis festzustellen.

¹⁴⁾ Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bericht des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt 1976.

¹⁵⁾ Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung 1980 -, Forschungsbericht 50 des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1981.

¹⁶⁾ Vgl. MAGS (Hrsg.), Zur Situation der türkischen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, Bonn – Bad Godesberg, März 1982.

¹⁷⁾ So läßt die Befragung in Baden-Württemberg erkennen, daß 1981 im Gegensatz zu den 1978 ermittelten Befragungsergebnissen eine Abnahme bei denjenigen, die zeitliche Rückkehrvorstellungen hatten und eine geringfügige Zunahme bei denjenigen, die eine zeitliche Planung der Rückkehr „vorläufig aufgegeben hatten“, eingetreten ist.

Tabelle 8: Rückkehr- und Verbleibvorstellung im Vergleich – in % –

Untersuchung	isoplan Befragung	MAGS Nordrhein- Westfalen*	BMA Repräsen- tativ '80	MAGS Baden- Württemberg	INFAS Nordrhein- Westfalen '82
Rückkehrabsicht					
Rückkehr geplant (für nächsten 3 Jahre)	10,5	14,6	9,5	19,0	50
Rückkehr beabsichtigt	37,5			41,0	
Termin unbekannt		72,3	50,0		41***
Rückkehr ungewiß	44,7			40,0***	
Keine Rückkehr beabsichtigt	7,3	12,5	40,1		
Insgesamt	100,0	99,4**	100,0	100,0	100,0

* Untersuchte ausländische Nationalitäten insgesamt

** Unbereinigte Untersuchungsaddition

*** Einschließlich 7% o. A.

Errechnet und zusammengestellt nach den im Text zitierten Untersuchungen.

3.2 Rückkehr- und Verbleibsmotive

Wie das Gesamtergebnis der Repräsentativbefragung zeigt, tendiert mehr als die Hälfte der Befragten (52%) zu einem längeren oder endgültigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Ergänzend hierzu haben die Tiefeninterviews erkennen lassen, daß für türkische Haushaltsvorstände die zeitliche Perspektive des Aufenthaltes keine feste Größe darstellt. Viele haben die Planung der Rückkehr zurückgestellt, teilweise auch vorläufig aufgegeben. Die Diskrepanz zwischen Planvorstellung und Realität¹⁸⁾, die sich auch bei früheren Befragungen gezeigt hat¹⁹⁾, wie im übrigen auch der Anteil derjenigen, der unbestimmte Rückkehrabsichten ohne konkrete Zeitvorstellungen hat, wird – so lassen die Tiefeninterviews erkennen – zumindest kurzfristig eher noch zunehmen.

Bei den Haushalten, die keine Rückkehr beabsichtigen bzw. die noch keine grundsätzliche Entscheidung über ihre Rückkehr getroffen hatten, wurde der Versuch unternommen, die dafür ausschlaggebenden Gründe zu hinterfragen. Wie zu erwarten, zeigte sich, daß in der Regel mehrere, sowohl subjektive als auch objektive Faktoren den Entschluß zum Verbleib in der Bundesrepublik begründen.

Wie die nachfolgende Antwortskala im einzelnen verdeutlicht, bilden die nach wie vor schlechten beruflichen Chancen in der Türkei – wesentlicher Anlaß zur Migration – den zentralen Hinderungsgrund für die Rückkehr. Bei rund einem Drittel der Befragten verbindet sich die Befürchtung einer ungesicherten beruflichen Existenz für den Fall der Rückkehr mit Aktivzielen für einen zumindest vorläufigen weiteren Verbleib (Erreichung der Rentenanwartschaft, Abschluß der Ausbildung, Erreichung von Sparzielen).

Bei den Haushalten, die die Rückkehr in die Türkei für die nächsten drei Jahre geplant hatten bzw. die Rückkehrvor-

Tabelle 9: Rangfolge der Verbleibsmotive

	Zahl der Nen- nungen	In % der Be- fragten	In % der Nen- nungen*
– Ich bekomme in der Türkei wahrscheinlich keinen Arbeitsplatz	162	52	16,8
– Ich habe in der Türkei zur Zeit (noch) keine Möglichkeit, als Selbständiger zu arbeiten	147	47	15,2
– Ich würde in der Türkei weniger verdienen als in Deutschland	129	41	13,3
– In Deutschland gibt es bessere Verdienstmöglichkeiten	101	32	10,5
– Ich habe mich hier in Deutschland gut eingelebt	80	26	8,3
– Meine Kinder sollen zuerst ihre Ausbildung in Deutschland abschließen	73	23	7,5
– Ich habe die Rentenanwartschaft (15 Jahre) noch nicht erreicht; ich strebe eine Verbesserung der Altersversorgung an	67	21	6,9
– Ich möchte noch mehr Geld ansparen	66	21	6,8
– Ich möchte zuerst ein Haus bauen in der Türkei (bzw. Hausbau noch nicht abgeschlossen)	50	16	5,2
– Ich befürchte Eingewöhnungsschwierigkeiten in der Türkei bzw. meine Familie	49	16	5,1
– Meine Familie/meine Kinder wollen in Deutschland bleiben	23	7	2,4
– Ich strebe die deutsche Staatsangehörigkeit an	12	4	1,2
– Sonstige Gründe	7	2	0,7
	966	–	100,0

Anzahl der Befragten: 312

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

* Mehrfachnennungen erlaubt

¹⁸⁾ Vgl. Kremer, M., H. Spangenberg, Assimilation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Königstein 1980.

¹⁹⁾ Vgl. BMA, Repräsentativuntersuchung 1980, a. a. O.; MAGS, Ausländerbefragung 1981 in Baden-Württemberg, a. a. O.

Stellungen ohne konkrete Zeitplanung geäußert hatten, wurden die Gründe für ihre in Aussicht genommene Rückkehr erfragt.

In der Gesamtzahl der Nennungen steht dabei der Hinweis auf familiäre Gründe an erster Stelle. Insgesamt überwiegen jedoch – und dies ist ein überaus bedenkliches Ergebnis –

Tabelle 10: Rangfolge der Rückkehrmotive

	Zahl der Nennungen	In % der Befragten	In % der Nennungen*
– Einsamkeit und Heimweh nach Familie und der Türkei	157	55	16,1
– Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	126	44	12,9
– Leben und Arbeit in Deutschland gefallen nicht mehr	107	37	10,9
– Möglichkeit einer selbstständigen Existenz in der Türkei	101	35	10,3
– Gute Versorgung, Erziehung und Pflege der Kinder in Deutschland nicht möglich oder gefährdet	96	33	9,8
– Finanzielle Gründe, Leben in Deutschland zu teuer	94	33	9,6
– Schlechte Behandlung in Deutschland	59	20	6,0
– Klima	55	19	5,7
– Allgemein: familiäre Gründe, Familie konnte nicht nachgeholt werden	46	16	4,7
– Genug gearbeitet und verdient	43	15	4,4
– Arbeitslosigkeit	37	13	3,8
– Wehrdienst	32	11	3,3
– Stellenangebot in der Türkei	12	4	1,2
– Krankheit, Unfall	9	3	0,9
– Ablauf der Aufenthaltserlaubnis	4	1	0,4
	978	–	100,0

Anzahl der Befragten: 288
 Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83
 * Mehrfachnennungen erlaubt

mittlerweile „push-Faktoren“, die sich auf das soziale Klima in der Bundesrepublik beziehen (Ausländerfeindlichkeit, schlechte Behandlung, Kindererziehung gefährdet etc.).

Nur rd. 1% der Nennungen (4% der Befragten) bezeichnen als Grund für eine Rückkehr das Angebot eines Arbeitsplatzes in der Türkei. Dagegen wurde die Aussicht oder konkrete Vorbereitung hinsichtlich der Schaffung einer selbstständigen Existenz in der Heimat als Rückkehrmotiv in über 100 Fällen genannt, d. h. von 35 Prozent aller Befragten mit mehr oder weniger genauen Rückkehrvorstellungen (10% der Nennungen).

Der Verlust des Arbeitsplatzes in der Bundesrepublik ist in lediglich 37 Fällen (knapp 4% der Nennungen, 13% der Befragten) als beeinflussender Faktor ausschlaggebend. Dabei ist, wie die Tiefeninterviews verdeutlicht haben, in der Regel eine längerfristig anhaltende Arbeitslosigkeit gemeint.

3.3 Determinanten der Rückkehrbereitschaft

Durch eine Vielzahl weiterführender Fragestellungen, darauf aufbauende korrelationsstatistische Analysen und anschließende Tiefeninterviews wurde im Rahmen der Untersuchung der Versuch unternommen, die in der generellen Tendenz bekannten Rückkehr- und Verbleibabsichten und -motive zu analysieren. Zwischen einzelnen soziostrukturellen Merkmalen und Einstellungen der jeweiligen Rückkehrbereitschaft einzelner Teilgruppen ergeben sich dabei zum Teil überraschende Beziehungen.

a) Alter und Aufenthaltsdauer

Wie Tabelle 11 zeigt, besteht zwischen dem Alter des Befragten und den geäußerten Rückkehr- bzw. Verbleibabsichten ein direkter, wenn auch erstaunlich geringer Zusammenhang:

Im Vergleich zu den Rückkehrabsichten des Samples insgesamt ist der Anteil der definitiven Rückkehrer in der Altersgruppe der 30- bis 39jährigen mit 13,1% gegenüber 10,5% etwas größer, d. h. diese Teilgruppe stellt das relativ größte Rückkehrpotential. Gleiches, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt, gilt für die Gruppe der über 40jährigen, die in der Kategorie der langfristigen Rückkehrer am stärksten repräsentiert ist. Die unter 20jährigen äußerten in vergleichsweise geringem Maße Rückkehrabsichten und sind folgerichtig in der Kategorie des Verbleibs und der Unentschlossenen überdurchschnittlich vertreten. Dennoch blei-

Tabelle 11: Rückkehrabsichten nach Altersgruppen

Rückkehrabsicht	Frage: „Planen Sie, in absehbarer Zeit in die Türkei zurückzukehren? Wenn ja, wann?“ Frage: Altersgruppe (Verteilung nach Quotenplan)									
	ja, 1982 bis 1985		ja, 1985 oder ungewiß		nein		weiß nicht		insgesamt	
Altersgruppe	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
unter 20 Jahre	2	3,0	20	30,3	6	9,1	38	57,6	66	11,0
20 bis 29 Jahre	10	7,6	50	38,2	13	9,9	58	44,3	131	21,8
30 bis 39 Jahre	28	13,1	81	38,0	16	7,5	88	41,3	213	35,5
40 Jahre und älter	23	12,1	74	38,9	9	4,7	84	44,2	190	31,7
insgesamt	63	10,5	225	37,5	44	7,3	268	44,7	600	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Tabelle 12: Rückkehrabsichten nach Zuzugsjahr

Zuzugs-jahr	Rückkehr- absicht		Frage: „Planen Sie, in absehbarer Zeit in die Türkei zurückzukehren? Wenn ja, wann?“ Frage: „Seit wann sind Sie in Deutschland? Zuzugsjahr 19....?“													
	ja, 1982 bis 1985	ja, 1985 oder ungewiß	abs.		in %		abs.		in %		abs.		in %		insgesamt	
bis 1967	9	12,9	18	25,7	6	8,5	37	52,9	70	11,7						
1968 bis 1970	17	10,1	60	35,7	10	6,0	81	48,2	168	28,0						
1971 bis 1973	28	12,7	93	42,3	11	5,0	88	40,0	220	36,7						
1974 und später	9	6,3	54	38,0	17	12,0	62	43,7	142	23,7						
insgesamt	63	10,5	225	37,5	44	7,3	268	44,7	600	100,0						

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

ben die Unterschiede weitaus geringer, als dies üblicherweise vermutet wird: auch die Gruppe der jüngeren, nicht der zweiten Generation entstammenden Türken, beinhaltet ein nicht unbeträchtliches Rückkehrpotential (ca. 33% -40% gegenüber durchschnittlich 48%).

Auch die Beziehung zwischen Aufenthaltsdauer und Rückkehrabsicht ist keineswegs so ausgeprägt wie häufig angenommen wird.

So stellen die Türken, die zwischen 10 und 15 Jahren in Deutschland leben und jene, die sich länger als 15 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, zwar einen überdurchschnittlichen Anteil an „Unentschlossenen“ (48% bzw. 53% gegenüber dem Durchschnitt von 45%) – dennoch ist aber das „Rückkehrpotential“ aus diesen Gruppen nicht wesentlich niedriger als das derjenigen, die erst 1971 oder später in die Bundesrepublik einreisten (39% bzw. 46% gegenüber 55% respektive 44%).

b) Familienstand

Im Gegensatz zur Aufenthaltsdauer ergibt sich ein enger Zusammenhang von Rückkehrabsichten und Familienstand: Während rund drei Viertel der Ledigen und sonstigen Alleinstehenden zum Verbleib tendiert, neigt die zahlenmäßig stärkste Gruppe, nämlich die Verheirateten, dagegen eher zur Rückkehr (53%).

c) Einkommens- und Besitzverhältnisse

Ein interessantes Bild ergibt auch die Korrelation der Rückkehrabsichten türkischer Haushaltsvorstände mit dem jeweiligen Einkommen der Familie.

Danach sind bei den schlecht verdienenden Türken (Einkommensklasse unter 1000 DM) die Rückkehrabsichten deutlich schwächer ausgeprägt als bei der Gesamtheit der Befragten. Dies kann – da das Nichterreichen eines ggf. gesetzten Sparziels bereits oben als wichtiges Rückkehrhemmnis definiert wurde – möglicherweise als Reflex auf naturgemäß längere Sparfristen der schwachen Einkommenschichten gedeutet werden.

Während Personen in den Einkommensklassen 1000 bis 1799 DM und 1800 DM bis 2599 DM mit ihren Rückkehrplänen relativ nahe am Durchschnitt liegen, zeigen „Spitzenverdiener“ unter den Befragten ganz spezifische Rückkehr bzw. Verbleibabsichten:

Bei dieser Gruppe sind sowohl Rückkehrer als auch Verbleiber vergleichsweise stark vertreten, während die Kategorie der Unentschiedenen relativ schwach besetzt ist.

Ähnlich klare Beziehungen zeigen sich im Vergleich zwischen Rückkehrbereitschaft und den Besitzverhältnissen in der Türkei. So wird die Gruppe der definitiven Rückkehrer fast ausschließlich von Türken besetzt, die in irgendeiner Form Immobilien in der Türkei ihr Eigen nennen. Dagegen hatten von den „Besitzlosen“ lediglich 2,5% konkrete Rückkehrpläne (zum Vergleich: Sample 10,5%). Folgerichtig sind in dieser Teilgruppe die definitiven Verbleiber und Unentschlossenen vergleichsweise stark vertreten. Losgelöst von dieser Korrelation, die zweifelsfrei eine der wesentlichen Determinanten der Rückkehrbereitschaft ausmacht, scheint an dieser Stelle bemerkenswert, daß rund zwei Drittel der befragten türkischen Haushaltsvorstände über zum Teil nennenswerten Besitz im Heimatland verfügen, ein weiterer Indikator für die zumindest latent vorhandene Rückkehrbereitschaft.

d) Arbeitslosigkeit

Schwieriger als dies zunächst vielleicht anzunehmen wäre, ist die Frage zu beantworten, inwieweit durch den Status der Arbeitslosigkeit in Deutschland ein Rückkehrimpuls ausgelöst wird.

Nach den Ergebnissen der Primärbefragung und im Vergleich mit den Rückkehrabsichten der Erwerbstätigen scheint sich – soweit die Anzahl der Befragten hier valide Aussagen zuläßt – die Annahme zu bestätigen, daß arbeits-

Tabelle 13: Rückkehr- bzw. Verbleibabsichten der Arbeitslosen

Rückkehr- bzw. Verbleibabsichten		Erwerbs-tätige	Arbeits-lose	Summe
1982 – 1985	absolut	51	12	63
	in %	9,6	17,1	10,5
nach 1985 oder Datum ungewiß	absolut	211	14	225
	in %	39,8	20,0	37,5
nein	absolut	35	9	44
	in %	6,5	12,9	7,3
weiß nicht ob	absolut	233	35	268
	in %	44,0	50,0	44,7
Insgesamt	absolut	530	70	600
	in %	100,0	100,0	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

lose türkische Haushaltsvorstände tendenziell eher eine Rückkehr in die Türkei in einem überschaubaren Zeitraum ins Auge fassen als die Gruppe der Erwerbstätigen.

Etwa die Hälfte der befragten arbeitslosen Türken vermochte zum Zeitpunkt der Befragung keine klare Vorstellung zu artikulieren, entweder in der Bundesrepublik zu bleiben oder in die Türkei zurückzukehren. Hier deutet sich an, dass – wie die vertiefende Fragestellung in den Leitfadengesprächen ergeben hat – die Erfahrung der Arbeitslosigkeit Wirkungen in zwei Richtungen zeigen kann:

- Von Arbeitslosigkeit betroffene türkische Haushaltsvorstände mit einer vergleichsweise mäßigen finanziellen Ausstattung, sei es in Form von Sparguthaben oder Immobilienbesitz in Deutschland oder der Türkei, neigen eher zu einem weiteren Verbleib, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit. Eine wesentliche Rolle spielt dabei sicher die oft noch immer ungebrochene Hoffnung auf eine Wiederbeschäftigung und, damit verbunden, neuer Spar- und Existenzchancen. Finanzielle Rückkehranreize können, bezogen auf diese Gruppe, in begrenztem Umfang durchaus zusätzliche Rückkehrimpulse auslösen.

- Bei türkischen Arbeitslosen, die bereits über ausreichende, zukunftssichernde Ersparnisse und Guthaben verfügen, wird, wie die Tiefeninterviews zeigten, demgegenüber die Arbeitslosigkeit häufig als Anlaß einer alsbaldigen Rückkehr genommen. Nicht selten wird der Ablauf der Bezüge von Arbeitslosengeld in dieser Gruppe als Termin der Rückkehrplanung genannt.

e) Rückkehrprämien

Die zum Zeitpunkt der Umfrage noch offene Diskussion um eine mögliche finanzielle Rückkehrförderung, die sich in der türkischen Presse und im Bewußtsein der Betroffenen in z. T. absolut unrealistischen Erwartungen niederschlug, wurde im Rahmen der Repräsentativbefragung als hypothetische Fragestellung aufgegriffen. Das Ergebnis scheint eindeutig.

Eine finanzielle Rückkehrförderung würde nach Ansicht der Mehrzahl der Befragten wesentlich Einfluß haben auf die bestehenden Verbleib- oder Rückkehrpläne. Rund 60% der Befragten würden entweder früher zurückkehren oder gar ihre Verbleibabsicht revidieren.

Lediglich 21% erklärten, daß sich durch eine finanzielle Förderung ihre Pläne nicht ändern würden, 19% der Befragten konnten sich nicht entscheiden.

Diese Aussage muß allerdings vor dem Hintergrund der zum Zeitpunkt der Befragung weit überzogenen Vorstellungen über die Prämienhöhe gesehen werden: Die Vorstellungen bewegten sich in der Befragung bei durchschnittlich über 50 000 DM. Hiervon ausgehend könnte die jetzt als Gesetzesentwurf von der Bundesregierung beschlossene Rückkehrprämie im engeren Sinn, also Beträge zwischen 10 500 DM und 15 000 DM, kaum einen wesentlichen Anreiz liefern. Die Beschränkung der finanziellen Rückkehrförderung auf Arbeitslose bzw. Kurzarbeiter erscheint von daher im Sinne der Vermeidung reiner Mitnahmeeffekte überaus sinnvoll. Zu berücksichtigen ist dabei aber, daß unter Einbeziehung aller sonstigen finanziellen Ansprüche (Kapitalisierung der Rentenansprüche, betriebliche Abfindungen) insgesamt im positivsten Fall Auszahlungsbeträge von bis zu 50 000 DM durchaus erreicht werden können, was ausgehend von den obenangeführten Ereignissen der Befragung dann doch einen Rückkehranreiz bilden könnte. Auf längere Sicht jedoch dürfte eine Rückkehrförderung nur dann erfolgreich sein, wenn sie eingebunden wird in ein Gesamtkonzept, also die Interessen auch der Betroffenen und der Heimatländer berücksichtigt.

f) Freizügigkeit der Wanderung

Eine weitere hypothetische Fragestellung war dem in jüngster Zeit in die ausländerpolitische Diskussion eingebrachten Modell gewidmet, durch eine „begrenzte Freizügigkeit“, d. h. die Zulassung einer „Rückkehr auf Probe“, zusätzliche Rückwanderungsimpulse auszulösen. Die Ergebnisse sind auch hier eindeutig.

Rund ein Viertel der Befragten würde auf eine solche Regelung reagieren, und zwar durch eine vorzeitige Rückkehr (15,6%) sowie durch Abwarten bis zum Inkrafttreten der Regelung (11%). Das Gros der Befragten jedoch würde sich durch die Möglichkeit der „Rückkehr auf Probe“ in ihren Absichten nicht beeinflussen lassen. Dies gilt insbesondere auch für die große Gruppe derjenigen, die bezüglich ihrer Verbleib- oder Rückkehrabsichten noch unentschieden sind.

4. Sparverhalten

4.1 Sparquote und Sparaufkommen

Die Umsetzung der Rückkehrabsichten türkischer Arbeitnehmer in einen konkreten Rückkehrschluß hängt, wie oben skizziert, von einer Vielzahl individueller Motive, primär jedoch von ökonomischen Fakten ab. Zentrales

Tabelle 14: Rückkehrabsichten und Beeinflussung durch Rückkehrprämien

Beeinflussung durch Rückkehrprämien	Rückkehrabsicht (Zeitpunkt)		Frage: „Planen Sie, in absehbarer Zeit in die Türkei zurückzukehren? Wenn ja, wann?“ Frage: „Würden Sie bei einer . . . finanziellen Rückkehrförderung früher zurückkehren bzw. Ihre Absicht, hierzubleiben, ändern?“									
	ja, 1982 bis 1985	ja, 1985 oder ungewiß	ja, 1982 bis 1985		ja, 1985 oder ungewiß		nein		weiß nicht		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ja, Beeinflussung	54	15,4	160	45,7	6	1,7	130	37,1	350	60,3		
nein, keine Beeinflussung	7	5,8	26	21,5	29	24,0	59	48,6	121	20,9		
unentschieden	1	0,9	31	28,4	7	6,4	70	64,2	109	18,8		
insgesamt	62	10,7	217	37,4	42	7,2	259	44,7	580	100,0		

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Motiv der Migration war und ist die Akkumulation von Spargeldern, verbunden mit entsprechenden Geldüberweisungen in die Türkei.

Trotz eines durch Familienzusammenführungen und den Notwendigkeiten einer dadurch bedingten angemessenen Lebensführung in der Bundesrepublik tendenziell nachlassenden Sparwillens kann nach wie vor von einer hohen Sparneigung türkischer Arbeitnehmer gesprochen werden.²⁰⁾

Rund 74% der in der Primärbefragung einbezogenen türkischen Haushaltsvorstände gaben an, Teile des Einkommens für spätere Verwendungszwecke zurückzulegen.

Bei einer durchschnittlichen monatlichen Nettoverfügbarkeit von 1790 DM pro Haushalt ergab sich zum Zeitpunkt der Befragung eine Sparquote (d. h. Anteil der Überweisungen plus Ansparsumme in Relation zum Nettoeinkommen aller Repräsentativhaushalte) von 30 Prozent.

Klammert man die Nicht-Sparer und die unvermeidlichen Verweigerer aus, so entspricht dies einem durchschnittlichen monatlichen Sparbetrag von ca. 500 DM/Haushaltsvorstand, d. h. jährlich etwa 6000 DM. Bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von rund neun Jahren entsprä-

che dies rein rechnerisch einem Sparvolumen von mehr als 50 000 DM (zum Zeitpunkt der Befragung), einer Summe also, die theoretisch ausreichend wäre, unter Hinzuziehung entsprechender Fremdkapitalanteile in der Türkei einen eigenen kleinen Betrieb zu eröffnen und damit den „Traum von der Selbständigkeit“ zu realisieren. In praxi aber dürfte ein Teil dieser hypothetischen Sparsumme bereits wieder ausgegeben sein, also für das genannte Vorhaben nicht mehr zur Verfügung stehen.

4.2 Sparziele

Vergleicht man die Antworten auf die Frage, auf welche Ziele hin zur Zeit gespart wird, mit den Antworten auf die Frage danach, welche Sparziele bereits realisiert werden konnten, so zeigt sich eine recht klare Prioritätenfolge:

- an erster Stelle der Nennungen steht eindeutig der Kauf oder Bau von Häusern, Wohnungen und Grundstücken (315 Nennungen),
- an zweiter Stelle folgen die Ansammlung von Sparkapital für den Notfall, die Zukunftssicherung der Familie oder die Ausbildung der Kinder (189 Nennungen),
- an dritter Stelle (114 Nennungen) werden Anlageformen genannt, die im weiteren Sinn der beruflichen Existenzsicherung dienen,
- an vierter und letzter Stelle steht der Kauf von langlebigen Konsumgütern (82 Nennungen).

²⁰⁾ Vgl. dazu: isoplan (Hrsg.), Verschiedene Angaben des Türkei-Reports 1978-1980.

Tabelle 15: Sparziele türkischer Haushaltsvorstände und bisherige Verwendung der Ersparnisse in der Türkei

	Sparziele				bisherige Verwendung der Ersparnisse	
	Bundesrepublik abs.	%	Türkei abs.	%	abs.	%
- Kauf von langlebigen Konsumgütern, z. B. Auto, Fernsehgerät, Waschmaschinen etc.	57	18,0	79	6,8	82	10,6
- Bau oder Kauf eines Hauses/einer Wohnung für Sie bzw. Ihre Familie	26	8,2	217	18,7	255	32,8
- Bau oder Kauf eines Hauses/einer Wohnung zum Vermieten	3	0,9	29	2,5	33	4,2
- Kauf eines oder mehrerer Grundstücke	3	0,9	33	2,8	63	8,1
- Kauf eines Taxis	13	4,1	11	0,9	11	1,4
- Kauf eines LKW/Omnibusses	2	0,6	21	2,5	11	1,4
- Eröffnung eines Geschäfts	15	4,7	137	11,8	35	4,5
- Kauf oder Pacht von Land	4	1,2	32	2,8	30	3,8
- Kauf von Landmaschinen/Traktor	1	0,3	30	2,6	12	1,5
- Einrichtung einer Werkstatt oder eines Kleinbetriebes	4	1,2	75	6,5	12	1,5
- Einrichtung eines mittleren oder größeren Betriebes	-	-	11	0,9	3	0,4
- Beteiligung an einem Betrieb, Kauf von Aktien	5	1,6	22	1,9	19	2,4
- Tilgung von Schulden	14	4,4	14	1,2	16	2,0
- Geldanlage für den Notfall	57	18,0	113	9,7	62	7,9
- Zukunftssicherung der Familie	53	16,7	175	15,0	61	7,8
- Ausbildung der Kinder	58	18,6	156	13,3	66	8,4
- Sonstiges	2	0,6	4	0,1	10	1,3
Insgesamt	317	100,0	1159	100,0	781	100,0
entfällt, weiß nicht	19		1		100	

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

5. Berufliche Pläne für die Zeit nach der Rückkehr

5.1 Der Weg in die abhängige Beschäftigung

Die beruflichen Reintegrationschancen derer, die in absehbarer Zeit – aus welchen Motiven auch immer – in die Heimat zurückkehren wollen, bemessen sich im Einzelfall sicher daran, was der Rückkehrer an Erfahrungen, beruflichen Qualifikationen und nicht zuletzt an Kapital mit sich bringt. Generell sind sie jedoch zunächst zu gewichten auf dem Hintergrund der nach wie vor wenig Chancen bietenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Türkei. Die Situation auf dem türkischen Arbeitsmarkt hat sich trotz (z. T. auch aufgrund) gewisser volkswirtschaftlicher „Gesundungsprozesse“ in den letzten Jahren kontinuierlich weiter verschlechtert.

Trotz der großen Zahl der Abwanderungen – in jüngster Zeit in den arabischen Raum – begründet das hohe Bevölkerungswachstum eine Zunahme der Erwerbspersonen um jährlich 450 000, denen im gleichen Zeitraum nur 150 000 neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüberstehen.²¹⁾

Dem Arbeitskräfteüberschuß entsprechend ist die Arbeitslosenquote kontinuierlich angestiegen und hat 1982 rund 18% erreicht. Begründete Vermutungen lassen bis 1985 eine Arbeitslosenquote von 21% erwarten.

In Anbetracht dieser Situation verwundert es kaum, daß der Anteil der potentiellen Rückkehrer, die einen qualifizierten Arbeitsplatz in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis in Aussicht haben, minimal ist.

Von den 63 Haushalten, die ihre Rückkehr in die Türkei für die nächsten drei Jahre in Aussicht genommen hatten, gab lediglich ein Rückkehrer an, eine feste Zusage auf einen Arbeitsplatz in der Heimat zu besitzen. Zwei weitere gaben an, einen Arbeitsplatz nach ihrer Rückkehr in Aussicht zu haben.

Tatsächlich aber können die beruflichen Reintegrationschancen positiver beurteilt werden. Mit dem seit 1980 eingeleiteten zunehmenden wirtschaftlichen Aufschwung verstärken sich früher schon aufgetretene Engpässe insbesondere bei Facharbeitern. Nach offiziellen Schätzungen wird das Defizit an Fachkräften auf derzeit etwa 600 000 beziffert. Voraussetzung für eine Nutzung des zweifellos vorhandenen Fachkräftepotentials in der Gruppe der Rückkehrer wäre freilich eine gezielte Beratung in Deutschland und eine erhebliche Verbesserung der Zusammenarbeit mit der türkischen Arbeitsverwaltung, auch um genauere Kenntnisse über die Zusammensetzung dieses Facharbeiterbedarfes zu bekommen.

5.2 Existenzsicherung durch Beteiligungen

Relativ unbedeutend bleibt auch die Möglichkeit für Rückkehrer, sich eine gesicherte berufliche Existenzgrundlage durch die Beteiligung an einem Betrieb zu sichern.

Wie Tabelle 16 zeigt, haben sich 8% der Befragten finanziell an einem Betrieb in der Türkei beteiligt, davon rund die Hälfte an Arbeitnehmersgesellschaften.

Tabelle 16: Beteiligung an einem Betrieb

Frage: „Haben Sie schon einmal daran gedacht, sich an einem Betrieb in der Türkei zu beteiligen bzw. sind Sie bereits beteiligt?“

Antwortkategorien	Nennungen abs.	Nennungen in %
ja, ich bin bereits beteiligt	47	7,8
ja, plane eine Beteiligung	9	1,5
ja, bereits beteiligt und plane eine weitere Beteiligung	1	0,2
nein	540	90,0
unentschieden, weiß nicht	3	0,5
insgesamt	600	100,0

Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Der relativ niedrige Anteil derer, die eine Beteiligung realisiert haben, verweist auf das in einschlägigen Untersuchungen immer wieder betonte grundsätzliche Problem der begrenzten Investitionsmöglichkeit für Rückkehrer in der Türkei.²²⁾ Staatsgesellschaften und größere Betriebe bleiben den einzelnen in der Regel verschlossen. Bislang bildeten die Arbeitnehmersgesellschaften, eine Form der Selbsthilfe von im Ausland lebenden türkischen Arbeitnehmern, de facto die einzige Alternative für Investitionen in der Türkei. Seit Abschluß des Ankara-Abkommens (Dezember 1972) wurden über 200 Gesellschaften gegründet.

Durch die bislang realisierten Projekte wurden nahezu 15 000 Arbeitsplätze geschaffen, durch zusätzliche indirekte Arbeitsplatzeffekte entstanden eine Vielzahl weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten.²³⁾

Die Beteiligung an Arbeitnehmersgesellschaften beruht – wie die Erfahrungen inzwischen gelehrt haben – jedoch in der Regel auf anderen Motiven als dem der Arbeitsplatzbeschaffung.²⁴⁾ Darüber hinaus bieten sie aufgrund ihrer Struktur nur wenigen die Chance, selbst in den neu geschaffenen Betrieben einen Arbeitsplatz zu besetzen. Als Beispiel der gezielten Reintegrationsförderung mit entwicklungs-politischer Schwerpunktsetzung bilden türkische Arbeitnehmersgesellschaften unter diesen Gesichtspunkten zweifellos ein hochinteressantes Modell. Ihre arbeitsmarktpolitische Relevanz bleibt jedoch begrenzt.

5.3 Existenzgründungsvorhaben

Die Tatsache, daß gerade bei türkischen Arbeitnehmern die Überlegung, sich mit Hilfe des in der Bundesrepublik angesammelten Sparkapitals in der Türkei selbständig zu machen, eine wesentliche Rolle spielt, ist seit längerem bekannt. Wenig Informationen liegen bisher jedoch darüber vor, wie konkret diese Existenzgründungspläne tatsächlich sind bzw. inwieweit sie sowohl von den persönlichen Voraussetzungen her als auch unter sachlichen Gesichtspunkten (Planung, Finanzierung, Marktchancen etc.) eine realistische Alternative für potentielle Rückkehrer darstellen.

Die Ergebnisse der Primärerhebungen 1982/83 belegen dabei deutlich, daß der Anteil derer, bei denen Existenzgründungspläne der unterschiedlichsten Art relativ weit fortgeschritten sind, erheblich höher ist, als dies aus älteren Untersuchungen über die Sparziele ausländischer Arbeitnehmer bislang vermutet werden konnte.

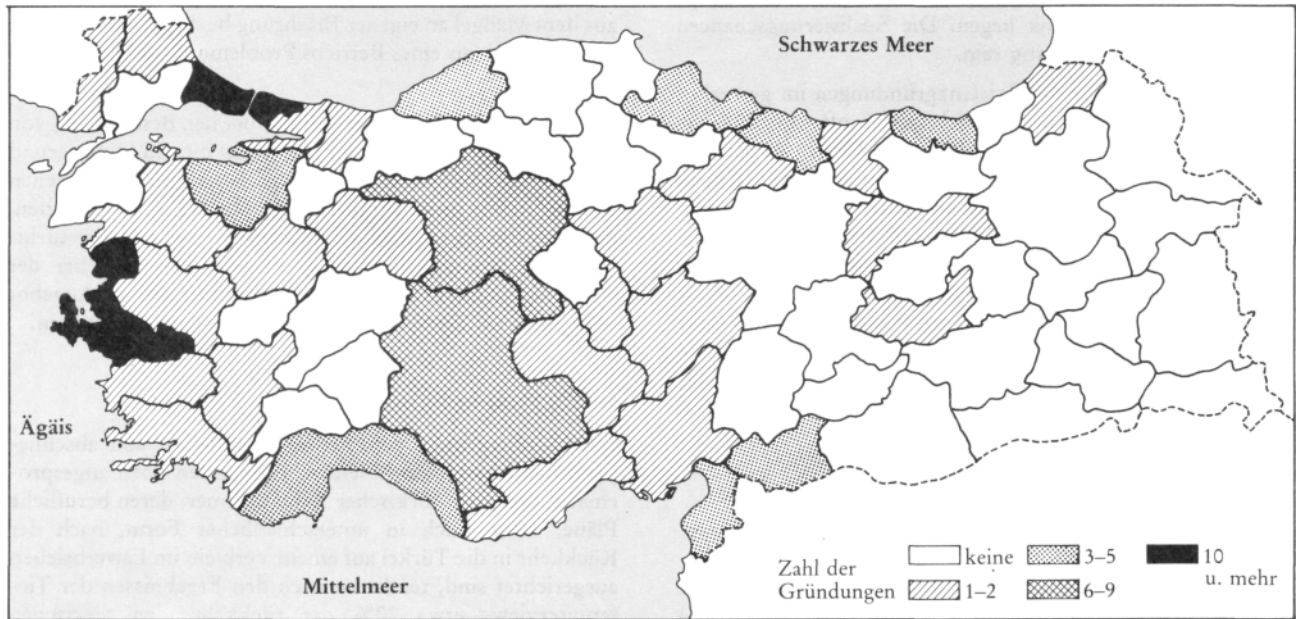
²¹⁾ Vgl. OECD (Hrsg.), Turkey, in: Economic Survey, Paris 1982.

²²⁾ Institut für Entwicklungspolitik (Hrsg.), Internationale Türkeihilfe. Probleme und Perspektiven, Berlin 1982.

²³⁾ isoplan (Hrsg.), Arbeitsplatz- und Reintegrationseffekte türkischer Arbeitnehmersgesellschaften, Saarbrücken 1982.

²⁴⁾ Werth, M., Anmerkungen zu Funktion und Wirksamkeit von deutschen Reintegrationsprogrammen in der Türkei, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 31. Jg., 3. Vj., Stuttgart 1981.

Abbildung 2: Regionale Verteilung der Existenzgründungsvorhaben (Ergebnisse der isoplan-Befragung 1982/83)



Quelle: isoplan-Erhebung 1982/83

Insgesamt 43,5% der Befragten äußerten, daß sie die Möglichkeit, sich in der Türkei selbständig zu machen, schon einmal in Erwägung gezogen haben. Bei immerhin einem guten Drittel dieser Gruppe (35%), dies entspricht 75,2% aller Befragten bzw. 91 Fällen, haben diese Überlegungen bereits konkrete Formen angenommen.

Hochgerechnet auf die Bundesrepublik bedeutet dies, daß jährlich etwa 3500 bis 4000 türkische Arbeitnehmer in die Heimat mit der Absicht zurückkehren, sich dort selbständig zu machen.

a) regionale Verteilung

Die Mehrzahl der genannten Existenzgründungen konzentriert sich auf die Provinzen der West-Türkei und Mittelanatolien (Istanbul, Izmir, Aydin, Denizli, Konya, Ankara). Nur wenige planen, sich in den Provinzen Ostanatoliens niederzulassen.

Dies bedeutet jedoch erfahrungsgemäß nicht, daß bei einer gezielten Förderung die ostanatolischen Gebiete „ausgeklammert“ blieben. Wie die Entwicklung der Arbeitnehmergesellschaften in der Dekade 1972 – 1982 gezeigt hat, liegt es nahe, daß sich Investitionspläne von Rückkehrern zunächst auf die relativ gut entwickelten Gebiete der westlichen Türkei hin ausrichten. Mittelfristig ist jedoch mit einem „Ausstrahlungseffekt“ auch auf die ländlichen Gebiete der Ost-Türkei zu rechnen.

b) sektorale Verteilung

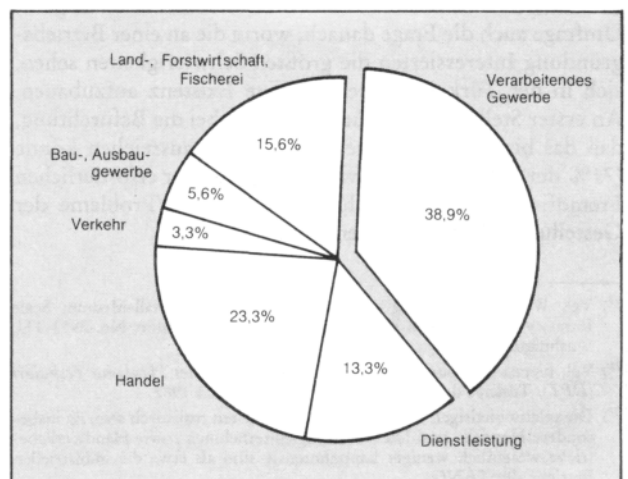
Hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsabteilungen liegt der Schwerpunkt der Existenzgründungsvorhaben mit annähernd 40% im Bereich des Aufbaus von Kleinbetrieben des verarbeitenden Gewerbes bzw. des Handwerks. In diesem Sektor wird der Errichtung von Schlosserei- und Schweißereibetrieben sowie Schmiedereien (25%) und Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge und Elektronik (23%) der Vorzug gegeben. Gute Erwerbsaussichten rechnen sich die Betriebsgründer auch von der Einrichtung

von Produktionsstätten für Konfektionsbekleidung oder Ledererzeugnisse und von holzverarbeitenden Kleinunternehmen, in erster Linie Schreinereien, aus.

Relativ unbedeutend (12%) ist die Zahl derjenigen, die sich im Bereich der Dienstleistungen selbständig machen wollen (Tourismus, Gaststätten, Friseurladen etc.). Das Stereotyp des türkischen Rückkehrers, der sich mit seinem Sparkapital ein Taxi kauft und sich erhofft, sich so eine gesicherte Existenzgrundlage zu schaffen, ist nach den vorliegenden Ergebnissen damit definitiv falsch oder zumindest überholt.

Der Versuch, die Existenzgründungsvorhaben der Befragten mit den potentiellen Wachstumschancen und damit sinnvoll erscheinenden Investitionsmöglichkeiten im kleinindustriellen und handwerklichen Bereich in der Türkei in Vergleich zu setzen, wird dadurch erschwert, daß detaillierte Informationen über Investitionen in den verschiedenen Branchen und über die Struktur der bereits bestehenden Kleinbetriebe nicht vorliegen. Folgt man jedoch den Einschätzungen der

Abbildung 3: Verteilung der Existenzgründungsvorhaben nach Wirtschaftszweigen



Weltbank²⁵), so kann davon ausgegangen werden, daß die meisten Existenzgründungsvorhaben im Rahmen der Empfehlungen der Weltbank liegen. Die Realisierungschancen dürften daher eher günstig sein.

Eine Sonderrolle für die Existenzgründungen im gewerblichen und handwerklichen Bereich spielen offensichtlich die in zahlreichen türkischen Städten und Orten im Aufbau befindlichen organisierten Kleinindustriengebiete (Küçük Sanayi Siteleri).²⁶ Die staatlich unterstützten, modern geplanten und relativ preisgünstig zu erwerbenden Industriehallen in diesen Gebieten üben, soweit dies aus sporadischen Hinweisen in den Interviews zu erkennen war, offensichtlich eine hohe Anziehungskraft vor allem auf türkische Arbeitnehmer aus, die sich noch im Ausland befinden – ein Tatbestand, der wohl relativ leicht erklärbar ist, da in solchen Fällen die Planung und Bauüberwachung zentral gesteuert wird und damit als notwendiger Schritt bei der Projektrealisierung eines eigenständigen Betriebes für den Rückkehrer als selbst zu leistende Aufgabe entfällt.

c) durchschnittliche Investitionshöhe

Die Mehrzahl der geplanten Kleinbetriebsgründungen erfordern einen Investitionsaufwand von *unter 100 000 DM* und liegen damit in einem finanziell für Individualrückkehrer durchaus realisierbaren Rahmen. Im einzelnen wurden folgende Investitionssummen genannt:

- | | |
|--------------------------|----------|
| - bis zu 50 000 DM | rund 30% |
| - 51 000 bis 100 000 DM | rund 30% |
| - 101 000 bis 200 000 DM | rund 15% |
| - über 200 000 DM | rund 25% |

d) durchschnittliche Zahl der Arbeitsplätze

Die Zahl der „Ein-Mann-Betriebe“ ist minimal (4%). In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich bei den geplanten Unternehmensgründungen um Betriebe mit bis zu 10 Mitarbeitern.²⁷)

Inwieweit sich hieraus ein Multiplikator hinsichtlich der zu erwartenden Reintegrationseffekte ableiten läßt, ist ohne eine empirische Prüfung bereits realisierter Existenzgründungsvorhaben in der Türkei schwer zu beantworten. Generell kann jedoch davon ausgegangen werden, daß mit der Förderung von Kleinbetrieben eine erheblich höhere Zahl von Arbeitsplätzen für Rückkehrer geschaffen bzw. unterstützt werden könnte, als dies etwa bei der Förderung von Arbeitnehmergesellschaften der Fall ist.

e) Beratungsbedarf

Interessante Hinweise erbrachte im Rahmen der isoplan-Umfrage auch die Frage danach, worin die an einer Betriebsgründung Interessierten die größten Schwierigkeiten sehen, sich in der Türkei eine selbständige Existenz aufzubauen. An erster Stelle der Nennungen steht dabei die Befürchtung, daß das bislang angesparte Kapital nicht ausreichen könne (71% der Fälle) bzw. Schwierigkeiten bei der erforderlichen Fremdfinanzierung entstehen (Kreditkosten/Probleme der Gestellung von Sicherheiten).

²⁵) Vgl. World Bank (Hrsg.), Turkey-Prospects for Small-Medium Scale Industry Develop- and Employment Generation, Report No. 2913-TU, Washington 1980.

²⁶) Vgl. hierzu die neueste Veröffentlichung des Devlet Planlama Teşkilari (DPT), Türkiye'de Küçük Sanayi Siteleri, Ankara 1982.

²⁷) Die relativ niedrigen Arbeitsplatzkosten dürften realistisch sein, da insbesondere Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Handwerksbetriebe wesentlich weniger kapitalintensiv sind als etwa die industriellen Betriebe der TANG.

Ebenso bedeutsam in diesem Zusammenhang erscheint jedoch der Hinweis bzw. die Selbsteinschätzung, daß auch aus dem Mangel an eigener Erfahrung bezüglich der Planung und des Aufbaus eines Betriebs Probleme entstehen könnten (67%).

Neben der erhofften Hilfestellung bei der Beschaffung von zinsgünstigem *Fremdkapital* betont auf diesem Hintergrund einer offensichtlich realistischen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten die Mehrzahl der Befragten, daß sich Förderungsmaßnahmen deutscher und/oder türkischer Regierungsstellen auch auf die *Beratung* bei der Betriebsplanung und -gründung erstrecken und ein Angebot von *Aus- und Fortbildungsmaßnahmen* umfassen sollten.

5.4 Rückkehr und Rente

Eine Sondergruppe potentieller Rückkehrer soll abschließend nicht unerwähnt bleiben. Neben den oben angesprochenen Gruppen türkischer Arbeitnehmer, deren berufliche Pläne, wenn auch in unterschiedlicher Form, nach der Rückkehr in die Türkei auf einem Verbleib im Erwerbsleben ausgerichtet sind, tendieren nach den Ergebnissen der Tiefeninterviews etwa 20% der rückkehrenden türkischen Migranten dazu, sich mit Hilfe der Rente aus dem Erwerbsleben weitgehend zurückzuziehen. Dies ist im Vergleich zur deutschen Rentenversicherung früher möglich durch eine Besonderheit des türkischen Rentensystems: türkische männliche Arbeitnehmer zahlen 25 Jahre in die Rentenversicherung ein, weibliche Arbeitnehmer nur 20 Jahre. Geht man davon aus, daß eine Erwerbstätigkeit im Alter von 15-20 Jahren aufgenommen wurde, haben türkische Arbeitnehmer mit 45 Jahren ihre Rentenanwartschaft erreicht.

Türkische Arbeitnehmer nehmen, den Angaben einzelner Landesversicherungsanstalten in der Bundesrepublik zufolge, zu rd. 90% die Möglichkeit wahr, sich nach Rückkehr in die Türkei und einer bislang zweijährigen Wartefrist die Arbeitnehmeranteile zur gesetzlichen Rentenversicherung in bar auszahlen zu lassen.

Mit der Kapitalisierung der Rentenansprüche (Arbeitnehmeranteile) aus der deutschen Rentenversicherung, aber auch unter Rückgriff auf die in der Bundesrepublik Deutschland angesammelten Ersparnisse, bietet sich den Rückkehrern die Möglichkeit, sich im nachhinein in die türkische Rentenversicherung „einzukaufen“, indem sie für jedes nachträgliche Versicherungsjahr bis zu 1000 DM einzahlen. Diese für den in der Türkei verbliebenen Arbeitnehmer – nur für den Rückkehrer aus dem Ausland über Rentenskapitalisierung und Ersparnisse noch tragbare – hohe Summe sichert den für Arbeitnehmer geltenden monatlichen Höchstsatz von rund 450 DM Rente (Erstattungsbetrag), falls für 25 Jahre der Höchstbetrag einbezahlt worden ist.

Da der gesetzliche Mindestlohn in der Türkei seit Mitte letzten Jahres bei rund 16 000 TL pro Monat liegt (etwa 200 DM), verfügt der Rückkehrer mit seiner Rente häufig über ein Einkommen, das weit über dem türkischer Arbeitnehmer in Yozgat oder Adana liegt – Erklärung genug für die hohe Attraktivität der Möglichkeit der Kapitalisierung der Rentenansprüche für potentielle Rückkehrer.

6. Ansatzpunkte einer zielgruppenspezifischen Integrations- und Reintegrationspolitik

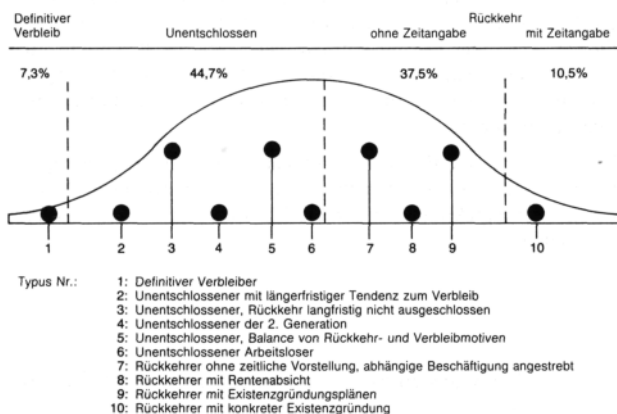
Versucht man die oben skizzierten Einzelergebnisse zusammenfassend im Hinblick auf die generelle Problematik der

Identifizierung integrations- bzw. reintegrationspolitischer Notwendigkeiten und Ansatzpunkte zu interpretieren, so sind – abgesehen von einer Vielzahl von konkreten Umsetzungsempfehlungen – zunächst drei Punkte von besonderer Bedeutung.

Einerseits ist davon auszugehen, daß Maßnahmen gleich welcher Art nur dann Erfolg versprechen, wenn sie sich an den zum Teil sehr unterschiedlich gelagerten Motivstrukturen und Zielen einzelner relativ klar abgrenzbarer Teilgruppen der türkischen Wohnbevölkerung orientieren.

Innerhalb der auf Basis der Repräsentativbefragung definierbaren Kategorien von Rückkehr- und Verbleibabsichten lassen sich Personengruppen mit bestimmten gemeinsamen und charakteristischen Merkmalen bilden und, wie die folgende Abbildung zeigt, einer idealtypischen Verteilung zuordnen.

Abbildung 4: Typologie türkischer Arbeitnehmer zwischen Verbleib und Rückkehr



Sicherlich beinhalten Idealtypen dieser Art immer gewisse notwendige, aber zulässige Verallgemeinerungen.

Unabhängig davon muß jedoch davon ausgegangen werden, daß Beratungs- und Förderungsangebote nur dann Erfolg versprechen und von den Betroffenen akzeptiert werden, wenn sie die jeweilige spezifische Situation einzelner Gruppen berücksichtigen.

Der zweite Punkt betrifft das Verhältnis integrationspolitischer und reintegrationspolitischer Strategien und Maßnahmen. Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, stehen beide Ansätze auch und vor allem aus der Sicht der Betroffenen nicht im Widerspruch. Im Gegenteil ist davon auszugehen, daß integrationsfördernde Maßnahmen, sei es im Bereich der Sprachförderung, der Sparförderung, der beruflichen Aus- und Fortbildung usw., eher dazu beitragen, die Rückkehrbereitschaft und Reintegrationsfähigkeit zu stabilisieren, zum Teil sogar zu stärken. Gerade die schlecht Integrierten sind es, die eine geringe Neigung zur Rückkehr zeigen.

Die Forderung nach einer in stärkerem Umfang zielgruppenorientierten und ausländerpolitischen Konzeption bezieht sich zuletzt auch auf die Einbeziehung der beruflichen und sozialen Reintegrationsprobleme im Heimatland.

Eine Stärkung der Rückkehrbereitschaft durch Instrumente, die ausschließlich im Gastland ansetzen, ist voraussichtlich wenig erfolgreich. Erforderlich ist die Entwicklung eines integrierten Förderungskonzepts, das zugleich klar ausgerichtet ist auf die korrespondierende Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern, d. h. auf entwicklungspolitische Aspekte und auf die sozialpolitische Komponente der Existenzsicherung der Rückkehrer in ihren Heimatländern. Allein durch die Kombination dieser Aspekte wird es möglich sein, mittelfristig attraktive und tragfähige Anreize für eine Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern zu schaffen, die über die ohnehin ablaufenden Rückwanderungsströme hinausgehen und Mitnahmeeffekte verhindern. Aufgrund der hohen Kosten, die mit einem solchen Förderungskonzept verbunden sind, ist aber davon auszugehen, das hier nur eine begrenzte Zahl von Vorhaben und insoweit nur relativ wenige Rückkehrer gefördert werden könnten. Auch ist hierfür eine enge Zusammenarbeit mit dem Heimatland Voraussetzung.

Konkrete Ansatzpunkte hierfür ergeben sich kurzfristig insbesondere in bezug auf die von vielen rückkehrwilligen Arbeitnehmern geplanten Existenzgründungsvorhaben. Offen bleibt dabei zunächst noch, welche konkreten Erfahrungen jene Existenzgründer gemacht haben, die bereits in der Vergangenheit in die Türkei zurückgekehrt sind. Neuere Untersuchungen über den Erfolg der durch Rückkehrer realisierten Existenzgründungsvorhaben bzw. deren Erfolgs- und Mißerfolgsbedingungen, über die individuellen „Berufschicksale“ und die aktuellen ökonomischen und sozialen Bedingungen und Chancen der beruflichen und sozialen Reintegration in der Türkei, die über die Analyse der vor der Rückkehr gegebenen Motive und Pläne hinaus unabdingbare Voraussetzung wären für die Entwicklung eines in sich geschlossenen Rückkehrförderungsprogramms, existieren bislang nicht. Die Erfahrungen aus dem niederländischen und französischen Rückkehrförderungsprogramm müßten dabei berücksichtigt werden.

Offen bleibt auch die Frage, welche Beratungsangebote und Förderungsmöglichkeiten seitens türkischer Stellen in der Vergangenheit eingesetzt wurden und inwieweit diese durch Rückkehrer in Anspruch genommen wurden. In einer zweiten Phase der hier vorgestellten Untersuchung soll daher der Versuch unternommen werden, im Rahmen geeigneter Felderhebungen die Realisierungschancen, die Erfolgs- und Mißerfolgsbedingungen und die in der Türkei gegebenen Beratungs- und Förderungsstrukturen zu analysieren, um von daher – im Vergleich zwischen Wünschen, Plänen und Wirklichkeit – die Grundlage zu schaffen für die Entwicklung eines integrierten Förderungskonzeptes.